

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeiger die Druckerstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlagspreis: Die neuangelegte Beilage für Anzeigen aus dem Erzgebirge 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Restkommission 10 Pfennige, auswärts 12 Pfennige. Anzeigen 1 Reichsmark, amtliche 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 97

Freitag, den 26. April 1929

24. Jahrgang

### Kein Verbot des Gaskrieges

Das Ergebnis der Genfer Beratungen über die Frage des chemischen Krieges

Der Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz hat gestern vormittag das Kapitel über den chemischen Krieg abgeschlossen. Ueber das Ergebnis der beiden nichtöffentlichen Sitzungen zur Frage des chemischen Krieges verlas Präsident Landon eine zusammenfassende Darstellung, der ohne weitere Aussprache zugestimmt wurde. Danach wird das Verbot der Anwendung von Giftgasen und ähnlichen chemischen Kampfmitteln von der Gegenseitigkeit der Abkündigung abhängig gemacht und dementsprechend auf die Staaten beschränkt, die eine solche Verpflichtung eingehen. Allgemein verboten wird dagegen der bakteriologische Krieg. Alle anderen Vorschläge, so der völkerrechtliche auf Erweiterung des Genfer Giftgasprotokolls von 1925 und der rumänisch-jugoslawische für Sanktionsmaßnahmen mit chemischen Kampfmitteln, wurden zurückgezogen oder sollen an die Abrüstungskonferenz zur Kenntnisnahme weitergeleitet werden. Die Möglichkeit der Wiedereinbringung dieser und ähnlicher Anträge zur Verwirklichung der jetzigen Bestimmungen bleibt, wie der Vorsitzende wiederholt betonte, jeder Delegation beim Zusammenstreben der Abrüstungskonferenz vollkommen offen.

### Bombenabwurf auf Zivilbevölkerung erlaubt

Den deutschen Antrag eines allgemeinen Verbots des Bombenabwurfs aus jeder Art von Flugzeugen begründete Graf Bernstorff im vorbereitenden Abrüstungsausschuss, indem er vor allem darauf hinwies, daß der Bombenabwurf für die ungeschützte Zivilbevölkerung eine unmittelbare Gefahr darstelle. Die furchtbaren und verheerenden Wirkungen des Bombenabwurfs auf wehrlose Städte und ihre Bevölkerung seien in einer früheren Tagung von dem belgischen Delegierten de Broedere in eindringlichster Weise geschildert worden. Ein Angriff von Bombenflugzeugen auf Paris, Berlin oder London würde in einigen Stunden eine halbe Million Menschenleben kosten. Mit der modernen Entwicklung der Militäraviatik werden, wie Graf Bernstorff mit Nachdruck hinzufügte, diese furchtbaren Wirkungen immer noch schlimmer. Andererseits habe der Militärunterausschuss bereits vor Jahren anerkannt, daß die Bombenflugzeuge eine der wichtigsten Angriffswaffen sind.

Die Abrüstungsaufgabe bestche aber gerade darin, jeden Angriff unmöglich zu machen. Die Annahme des deutschen Antrags wäre der Zustimmung der ganzen Welt gewiß, und die Arbeit des Ausschusses müßte unvollständig bleiben, wenn der Bombenabwurf nicht grundsätzlich verboten würde.

Die Aussprache brachte die Ablehnung des deutschen Vorschlags durch Polen, Frankreich, Spanien, die Vereinigten Staaten, England, Griechenland, Belgien, Italien und Kanada. Lediglich die Sowjetdelegation und der schwedische Vertreter sprachen sich sehr entschieden für den deutschen Antrag aus.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung der deutsche Antrag gegen die Stimmen Hollands, Schwedens, Chinas, Sowjetrußlands und Deutschlands abgelehnt. In einer Zwischenabstimmung wurde einstimmig erklärt, daß mit dieser Ablehnung in keiner Weise eine Billigung von Angriffen aus der Luft auf Zivilbevölkerungen ausgesprochen wird.

Graf Bernstorff hatte vor der Abstimmung die Aufforderung des Präsidenten, seinen Antrag zurückzuziehen, entschieden abgelehnt, da er von seiner Regierung Unterstützung habe. Er erklärte, er lege nochmals Wert darauf, festzustellen, daß der militärische Unterausschuss seinerzeit einstimmig den Abwurf von Bomben auf Städte und Zivilbevölkerung im wesentlichen als eine Angriffshandlung gekennzeichnet hatte. Wenn der Ausschuss heute glaube, der Zeitpunkt für eine Verwirklichung des deutschen Antrages sei noch nicht gekommen, so wolle er nur den Wunsch ausdrücken, diesen Zeitpunkt noch erleben zu können.

Wenn diejenigen, die sich gegen die Abrüstung sträubten, die Folgen eines Krieges wirklich im gleichen Maße tragen müßten, wie die breite Masse des Volkes, hätten wir bald die Abrüstung. Aber die Stimme des Kanonenfutters wird sich auch gegen die nicht willigen Staatsmänner durchsetzen.

### U. S. A. organisieren Chinas Luftverkehr

Zwischen der chinesischen Nationalen Luftverkehrsgesellschaft und einer amerikanischen Gesellschaft für Luftverkehr, einer Tochtergesellschaft der bekannten Curtiss-Gruppe, ist ein Vertrag über die Einrichtung eines Luftpostdienstes verbunden mit Passagierbeförderung abgeschlossen worden. Die amerikanische Gesellschaft hat sich verpflichtet, binnen sechs Monaten die Fluglinien Hankow-Peking, Hankow-Schanghai über Nanjing und Hankow-Kanton in Betrieb zu setzen. Für die Einrichtung weiterer Linien hat die chinesische Gesellschaft sich das Recht vorbehalten, eventuell andere Gesellschaften heranzuziehen.

### Verförmung und Ruhegehälter

Stimmungsbericht aus dem Reichstag

Im Reichstag war am Mittwoch die Stimmung ziemlich lustlos. Man sprach wohl in den Wandelhallen von der Pariser Konferenz, von der Notwendigkeit einer baldigen Reform der Arbeitslosenversicherung und von den neuen Bankkrediten, die das Deutsche Reich erhielt. Im übrigen fehlte es an neuen Anregungen und Erscheinungen.

In der Vollziehung wurde der Haushalt für Verforgung und Ruhegehälter weiter erörtert. Der Zentrumsmann Erving, ein badischer Gewerkschaftsführer, eröffnete den Reigen. Zutreffend wies hierauf der Demokrat Schuldt darauf hin, daß der Haushalt, der zur Beratung steht, einen falschen Namen besitze, denn von den 3,5 Milliarden, die er auswirft, gehören 1,3 Milliarden, die für Kriegsschadigte Verwendung finden, eigentlich zu den Ausgaben des Kriegslastenhaushalts, der bei dieser Einstellung auf fünf Milliarden anschwellen würde! Wahr-

haftig ein Menetekel für die Kriegsschwärmer.

Es bleibt zu hoffen, wie der Demokrat Sparver sagte, daß die in diesem Jahre gefürchteten Millionen nicht dauernd den Kriegsschöpfen entzogen werden. Ruhig plätscherte dann die Debatte weiter, bis der Bayerische Bauernparteiliche Eisenberger am Rednerpult erschien. Wichtig wie immer, mußte er auch gestern wieder eine größere Anzahl von Abgeordneten anzuziehen, die sich eng um sein Rednerpult scharten, um das bayerische Sprachidiom Eisenbergers zu verstehen.

Fast ohne Aussprache wurden hierauf die Haushalte des Reichrechnungshofes, des Reichsparkommissars und der Reichsschuld bewilligt. Der hierauf folgende Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über linkeradikale Anträge zum Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, den Frau Teuch erstattete, gab den Frauen des Hauses eine willkommenen Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache.

Die Aufmerksamkeit und das Interesse der Abgeordneten ließ indessen zu wünschen übrig.

### Neues Sparvorgehen?

Der mehrfach erörterte Gedanke, im Herbst einen Nachtragsetat zum Reichshaushalt 1929 einzubringen und hierbei auf die vertagten Steuervorschläge, vor allem auf die Biersteuer, zurückzukommen, hat laut „Berliner Tageblatt“ bisher keine feste Gestalt angenommen. Dagegen erhält sich die Strömung, die eine neue Sparaktion bevorzugt. Dabei ist u. a. an eine gründliche Aenderung der Methoden bei der Invalidenversicherung gedacht. Ferner erwägt man eine Aenderung des Rentenbankgesetzes mit dem Ziel, die Rückzahlung der Reichskredite an dies Institut auf einen längeren Zeitraum zu verteilen.

### Die Kassenschwierigkeiten des Reiches behoben

Neuer Kredit der deutschen Banken an das Reich

Die Verhandlungen mit den Banken, um den Ultimobedarf sicherzustellen, haben zu einem Abschluß geführt. Es wird ein dreimonatiger Schatzwechselkredit in Höhe von 170 Millionen RM gewährt, der zum jeweiligen Bombardtag der Reichsbank zu verzinsen ist, zusätzlich ein Viertel Prozent Provision. Dieser Kredit ist im Juli abzudecken. Das ist dadurch möglich, daß der Juli ein guter Steuermonat ist, in dem Ueberschüsse vorhanden sind, so daß für Ultimo Juli neue Kredite nicht ausgenommen zu werden brauchen. Schon im April über die Kassenschwierigkeiten ohne neue Kredite hinwegzukommen, war dadurch unmöglich, daß die Arbeitslosenversicherung, die bis Ultimo März einen Kredit von 280 Millionen RM in Anspruch genommen hatte, weitere Kredite in Höhe von 60 Millionen RM erhalten hat. Außerdem waren noch erhebliche Ausgabeverpflichtungen, die im April gezahlt werden mußten. Der Kreis der Kreditgebenden Banken hat sich erweitert. Das Reich steht mit der Preußenkasse in Verhandlungen zwecks Rückzahlung des 100 Millionen-Kredits, den die Preußenkasse für Ultimo März und auch für Ultimo April zur Verfügung gestellt hat. Das Reich erbittet eine neue Kreditermächtigung von 200 Millionen RM. Es handelt sich bei dieser neuen Ermächtigung um eine rein formelle Schwierigkeit, die durch die Stellungnahme der Reichsschuldenverwaltung entstanden ist.

### Heute Diskonterhöhung

Auf der Tagesordnung der heutigen Ausschuss-Sitzung der Reichsbank steht die Mitteilung des Direktoriums über den Diskonterhöhungsbeschuß. Die Erhöhung dürfte laut „Börsen-Courier“ im Ausmaß von 1 vom Hundert, also von 8½ auf 7½ Prozent, erfolgen. Die Gold- und Devisenverluste in der am 23. April abgelaufenen Berichtswoche sind wieder außerordentlich hoch gewesen.

### Vorläufiges Schlusergebnis der Folkethingwahl

Bei der gestern abgehaltenen Wahl zum dänischen Parlament erhielten nach dem vorläufigen Schlusergebnis die Konservativen 233 808 (24 Sitze), die Linke 402 140 (43), die Radikalen 161 729 (16), die Sozialdemokraten 593 235 (61), der Rechtsverband 20 795 (3), die Schleswiger 9787 (1) und die Kommunisten 3656 (0) Stimmen. Die Sozialdemokraten gewannen 8, der Rechtsverband 1, die Konservativen 8 und die Linke 3 Mandate. Auf den Föderationisten findet die Wahl bekanntlich erst zu einem späteren Zeitpunkt statt.

### Das Spiel mit dem Feuer

Der unstrittene erste Mai

Seit Jahr und Tag feiert die sozialistisch gefinnene Arbeiterschaft den 1. Mai als Weltfeiertag. Während der Weimarer Nationalversammlung dachten die Sozialdemokraten daran, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erheben. Erzberger schien nicht abgeneigt, ihnen nachzugeben, da er meinte, daß der 1. Mai auch einen ganz schönen Marienfesttag abgäbe. Die anderen Zentrumsführer und die übrigen bürgerlichen Abgeordneten hatten für die sozialistischen Wünsche aber kein Verständnis, so daß die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt wurden.

Die Mai feiern der Nachkriegszeit können den Vergleich mit jenen der Vorkriegszeit nicht aushalten. Sie haben einen wesentlich anderen Charakter erhalten. Vornehmlich verloren sie aber ihre einseitige Idee. Das war die notwendige Folge der Spaltung, die mit dem Erscheinen des Kommunismus in der Arbeiterschaft eintrat. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaftler veranstalten seit einigen Jahren getrennte Mai feiern. Besonders ungünstig sind die Gewerkschaften daran, da in ihnen Kommunisten und Sozialisten als feindliche Brüder nebeneinander sitzen.

Die Zentrale der kommunistischen Partei beschloß in diesem Jahre, die Mai feiern besonders festlich zu begehen und in allen Städten und Industriegebieten durch öffentliche Kundgebungen und Aufzüge für die kommunistische Partei zu werben. Nun besteht in Berlin schon seit Wochen ein Verbot aller Demonstrationen. Dies konnte schon aus Konsequenz für die kommunistischen Kundgebungen nicht aufgehoben werden. Das bekümmert jedoch die verantwortlichen Führer der kommunistischen Partei so wenig, daß sie beschlossen, trotz des polizeilichen Verbots ihre öffentlichen Kundgebungen zu veranstalten.

Gegen diese blindwütige Taktik macht jetzt selbst die kommunistische Opposition energisch Front, indem sie gegen die Vergrößerung der kommunistischen Partei den Vorwurf politischer Verantwortungslässigkeit erhebt. Die kommunistische Zentrale aber spielt mit dem Feuer, wenn sie zuliebt, wie von der Berliner Unterorganisation die kommunistisch gefinnenen Arbeiter gegen die Staatsgewalt aufgerufen werden. Wenn sie den ersten Mai zu einem Tag des Blutvergießens machen will, so leistet sie nur der Reaktion wirksame Heilendienste. Die Staatsgewalt kann dem kommunistischen Treiben nicht blindlings zusehen, sondern muß ihm Halt gebieten. Tut sie das, dann kämpft sie für Freiheit und Ordnung gegen Wahnsinn und Verbrechen.

### Die Beisehung des Prinzen Heinrich von Preußen

Gestern nachmittag hat auf Schloß Demmelmart unter großer Beteiligung die Trauerfeier für den Prinzen Heinrich von Preußen stattgefunden. Schon lange vor der angelegten Zeit fanden sich die Abordnungen der Marine- und Militärvereine, studentischer Vereinigungen und des Schachbundes mit ihren Fahnen im inneren Hof des Schlosses ein. Die Mitglieder des Flageral-Clubs waren fast vollständig erschienen. Die Reichswehr hatte eine Delegation entsandt. Insgesamt hatten sich mehrere tausend Personen auf Schloß Demmelmart versammelt. Der Sarg, der bereits am Montag nach einer Nacht im engsten Familienkreis geschlossen worden war, wurde um 1 Uhr nachmittags in der Vorhalle auf einer Lafete aufgebahrt. Zu Seiten des Sargens bedeckten Sarges nahmen ehemalige Marineoffiziere Aufstellung, die um 2 Uhr von den königlichen Prinzen, die die letzte Ehrenwache übernahmen, abgelöst wurden. In der Diele hatten die nächsten Angehörigen des Verstorbenen Platz genommen. Unter den Trauer Gästen befanden sich als Vertreter des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Weizsäcker, Dr. h. c. Raeder als Vertreter des Reichswehrministeriums, General Dasse mit seinem Stabschef als Vertreter des Heeres, die Konteradmirale Hansen und Gladisch, für die Stadt Kiel, deren Ehrenbürger Prinz Heinrich war, Oberbürgermeister Dr. Lucken, von der alten Reichsmacht u. a. Generalfeldmarschall v. Wadenstein und die Admirale von Schröder und von Fischer. Die Trauerrede vor dem Sarge hielt Universitätsprofessor Dr. D. Bernstorff-Riel, der